

Moratorium in Jena-Lichtenhain

Umstrittener Neubau der Lützowstraße: KSJ und Ortsteilrat haben einen Monat Zeit, um einen Kompromiss zu finden

VON THOMAS BEIER

JENA. Für die Lützowstraße in Jena-Lichtenhain hat der Stadtentwicklungsausschuss ein Moratorium beschlossen. Die Entscheidung über den Straßenausbau wurde am Donnerstagabend vertagt. Der Kommunalservice Jena (KSJ) als städtischer Betrieb und die Bürger vor Ort sind uneins über das Ausmaß des geplanten Straßenausbau. Einen Monat lang sollen sich beide Seiten nun um einen Kompromiss bemühen.

Stadtentwicklungsausschussmitglied Reinhard Wöckel (Linke) stellte den Geschäftsordnungsantrag nach einer sehr intensiven Debatte. „Ich hatte den Eindruck, dass es noch Potenzial für eine Einigung gibt“, sagte Wöckel. Die anderen stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses sahen dies offenbar ebenso. Auch Dezernent Denis Peisker (Bündnisgrüne) warb in der Sitzung für ein Aufeinandergehen.

Der Ausbau der Anliegerstraße Lützowstraße beschäftigt Verwaltung, Kommunalservice



Lützowstraße, unterer Abschnitt: Andreas Mund (links) von der Bürgerinitiative Lützowstraße und Ortsteilbürgermeister Michael Müller.
Foto: Thomas Beier

und Bürgerschaft seit Jahren. Vertrackt ist die Situation, weil ein Teil der schmalen Straße in einem optisch einwandfreien Zustand ist und die Bürger keinen Vorteil aus dem Neubau dieses Bereiches ziehen. Der obere

Teil der Straße muss indes saniert werden. Kommt es zum grundhaften Ausbau, dann sollen die Anlieger Straßenausbaubeiträge zahlen. Beiträge können aber nur bei Fertigstellung der kompletten Lützowstraße

abgerechnet werden.

„Wir sind zu Gesprächen und Diskussionen gern bereit“, sagte Ortsteilbürgermeister Michael Müller. Knackpunkt ist nicht nur der untere Straßenabschnitt. Es geht den Lichtenhai-

nern auch um die oberen Lützowstraße, wo die Sorge besteht, dass teure Stützmauerbauwerke einer späteren Bebauung im Wege sein könnten. Michael Müller sagte, dass es Beispiele gebe, wie die Zusammenarbeit mit dem KSJ gut funktionieren könne, was die Beteiligung an Planungen betrifft. So sei der Bereich, der sich um Spielplätze kümmere, sehr bürgernah.

Der KSJ beteiligte sich an den Ausschusssitzung mit mehreren Mitarbeitern. Sie erläuterten zum Beispiel die Zwänge, die Mindestbreiten für Anliegerstraßen im Neubauteil zu erreichen.

KSJ-Beitragsbeauftragter Rainer Sauer sagte zuletzt auch, wie das Schreiben des KSJ an den Ortsteilbürgermeister zu verstehen sei, das im Vorfeld Irritationen ausgelöst hatte. Es gehe nicht darum, den Ortsteilrat auszuschließen. Eine Bemerkung im Brief stelle nur klar, dass ein Ortsteil eben nicht aktiv an der Planung von öffentlichen Straßen mitwirken könne. Dies sei die gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe des Trägers der Straßenbaulast.